



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen

Haller, Johannes

Stuttgart [u.a.], 1930

die verspätete rheinische Forderung und die preußisch-süddeutschen
Verträge

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77090](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77090)

hundert Jahren der Eckstein der auswärtigen Politik des Landes gewesen war und für einen Grundsatz des europäischen Staatsrechts gegolten hatte, die Zersplitterung Deutschlands war in der Hauptsache beseitigt. Es nützte nichts, wenn die Verteidiger des Kaisers darauf hinwiesen, man habe Deutschland in drei Teile gespalten und dadurch unschädlich gemacht, der Prager Friede (23. August), der den Nikolsburger Vorfrieden bestätigte, sei also ein französischer Erfolg. Die Beschönigung fand keinen Glauben, und die sie vortrugen, glaubten wohl selbst nicht an sie. Jedem, der sehen wollte, sagte es der einfache Augenschein, daß Frankreich nunmehr mit einer Großmacht von mindestens gleicher Stärke an seiner Ostgrenze zu rechnen hatte. War schon der preußische Militärstaat als Nachbar den meisten als eine Gefahr erschienen, die beseitigt werden müsse, so hatte man es jetzt mit einem preußischen Norddeutschland zu tun, und wie lange konnte es dauern, so war daraus ein Gesamtdeutschland geworden? Die Kassandrarufer, die Thiers im Mai ausgestoßen hatte, gingen sichtbar in Erfüllung, der Westfälische Friede war aufgehoben. Das hatte der Kaiser mit seiner Nationalitätenpolitik erreicht, und die Annexionen, durch die er die Nation mit der veränderten Gesamtlage auszusöhnen gedacht hatte, waren ausgeblieben.

Napoleons persönliche Politik war schlecht gewesen, aber sie stand dennoch turmhoch über dem, was sein Minister Drouyn de l'Huys daran knüpfte. Jetzt, da der Krieg beendet war, hielt er den Augenblick für gekommen, die französische Rechnung vorzulegen: Saarbrücken und Landau, Luxemburg, die bayrische Pfalz und Rheinhessen mit Mainz sollten mit preußischer Zustimmung französisch werden — eine Zumutung, die man nur einem geschlagenen Preußen machen durfte. Hätten wir nicht die Akten darüber, wären wir auf Memoiren als Quelle angewiesen, wir würden die Nachricht unbedenklich für eine Fabel halten.

Vom Kaiser war das nicht ausgegangen. Der lag schwer leidend, durch die seelischen Erschütterungen der letzten Wochen völlig erschöpft, und kaum mehr zurechnungsfähig

danieder, als ihm die Zustimmung zu dem unsinnigen Schritt entrissen wurde. Nach vier Jahrzehnten hat die Kaiserin Eugenie sich selbst angeklagt, daß sie den Fehltritt nicht verhindert habe. Sie hat ihn nicht verhindert, weil sie wohl von Herzen mit ihm einverstanden war. Die mutige und tapfere Frau, die mitunter auch recht klug sein konnte, hatte offenbar den Kopf verloren angesichts der wachsenden Entzündung, mit der in Frankreich das Ergebnis des Deutschen Krieges aufgenommen wurde. Sie sah den Thron ihres Gemahls wanken und die Nachfolge ihres Sohnes bedroht und glaubte retten zu müssen, was noch zu retten war.

Der plumpe, törichte Griff nützte nur dem Gegenspieler. Bismarck bediente sich sogleich der französischen Forderung, um mit ihr bei Bayern, Württemberg und Baden den Abschluß von geheimen Schutz- und Trutzbündnissen zu erwirken. Als sie erfuhren, wie unmittelbar sie von französischer Eroberung bedroht seien, warfen sie sich hilfessuchend Preußen in die Arme.

Die Verträge wurden am 13., 17. und 22. August unterzeichnet, der letzte noch einen Tag vor dem Prager Frieden, der die Unabhängigkeit der süddeutschen Staaten ausdrücklich erklärte. Daraufhin ist von französischer Seite die entzündete Behauptung aufgestellt und oft wiederholt worden, Bismarck habe in unehrlicher Weise Buchstaben und Geist des Friedens schon vor seinem Abschluß verletzt. Mit Überzeugung kann das nur unterschreiben, wer weder juristisch noch logisch zu denken versteht. Indem der Prager Friede die Souveränität der Südstaaten bestätigte, erkannte er ihnen stillschweigend auch das Recht zu, völkerrechtliche Verträge mit auswärtigen Staaten zu schließen. Die Bündnisse mit Preußen waren nichts anderes; wer diese für untersagt hält, bestreitet Bayern und Württemberg und Baden einen Teil ihrer Souveränität. Das hätte man in Paris sicherlich geltend gemacht, wären derartige Verträge etwa mit Frankreich geschlossen worden.

Auch sonst hatte der französische Vorstoß wohltätige Folgen. Auf die ebenso höfliche wie entschiedene Ablehnung,

die Bismarck ihm zuteil werden ließ, besann Napoleon, wieder genesen, sich rasch, entließ den gefährlichen Minister, der ihn so schwer bloßgestellt hatte, und warf das Steuer seiner Politik in einem Anfall von Entschlossenheit herum, wie man sie schon lange nicht mehr an ihm bemerkt hatte. Endlich raffte er sich auf zu einem Anlauf, seine eigene Politik zu machen. Den Gedanken, die kommende preußisch-deutsche Einheit zu hindern, gab er auf, wollte die Tatsachen anerkennen und Nutzen aus ihnen ziehen; sein Ziel war jetzt nichts Geringeres als das Bündnis mit Preußen-Deutschland.

Mit großer Schnelligkeit wurde die Wendung vollzogen. Am 5. August hatte Benedetti die französische Forderung in Berlin überreicht, am 9. war er mit der abschlägigen Antwort nach Paris abgereist, am 11. erklärte Napoleon dem Grafen Goltz gegenüber alles für ein Mißverständnis, und schon am 13. erschien auf Befehl des Kaisers ein offiziöser Zeitungsartikel, der in dem Satz gipfelte: „Frankreichs wahres Interesse ist nicht, irgendwelchen unbedeutenden Gebietszuwachs zu erlangen, sondern Deutschland zu unterstützen, wenn es sich die Verfassung gibt, die für seine eigenen wie für die französischen Interessen die günstigste ist.“

Am Abend des 7. August, während die Lage am gespanntesten schien, hatte Bismarck einen französischen Journalisten, der ihn besorgt nach Krieg oder Frieden fragte, mit den Worten entlassen: „Freundschaft, dauernde Freundschaft mit Frankreich! Ich habe die feste Hoffnung, daß Frankreich und Preußen in Zukunft den Zweibund von Intelligenz und Fortschritt bilden werden!“ Wenn das in jenem Moment vielleicht als beißende Ironie gemeint war, so schien es zu einer Prophezeiung wider Willen werden zu sollen. Tatsächlich sind die beiden Staaten einer wirklichen und dauernden Verständigung, ja einem festen Bündnis niemals so nahe gewesen wie in den sechs Monaten, die auf das Ende des Deutschen Krieges folgten.

Daß Napoleon das deutsche Bündnis suchte, ist verständlich. Es war das einzige, das ihm für den Augenblick übrigblieb, das einzige, das ihm noch zu dem verhelfen konnte,